

Ressort: Auto/Motor

Volkswagen muss mehr als 110.000 Autos in den USA zurückkaufen

Wolfsburg, 07.01.2016, 01:00 Uhr

GDN - Volkswagen wird in den USA voraussichtlich ein Fünftel der von den Abgas-Manipulationen betroffenen Autos zurücknehmen müssen. Davon geht der Konzern nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" (Donnerstagsausgabe) aus.

Betroffen wären damit gut 115.000 Fahrzeuge. Die Autobesitzer würden entweder den Kaufpreis erstattet oder im Wege des Umtausches deutlich vergünstigt ein neues Fahrzeug gestellt bekommen. Bei den übrigen Fahrzeugen in den USA geht man bei VW davon aus, dass größere Umrüstungen mit hohen Materialkosten und langen Werkstatt-Zeiten nötig sind. Teile des sogenannten Abgas-Strangs müssen neu konstruiert und zugelassen werden. Die gesetzlichen Grenzwerte für den Schadstoff Stickoxid liegen in den USA deutlich niedriger als in Europa, wo einfachere technische Lösungen möglich sind. Nach SZ-Informationen haben sich auf das interne Amnestie-Angebot bei Volkswagen knapp 50 Beschäftigte gemeldet, von Sachbearbeitern bis hin zu einigen Abteilungsleitern. Nun könne man den Manipulationen bei Abgastests "deutlich auf den Grund gehen", heißt es bei VW. Die Mitarbeiter werden nach und nach von den internen Ermittlern befragt, anschließend werden die dadurch gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet. An diesen Ergebnissen dürfte auch die Staatsanwaltschaft Braunschweig interessiert sein, die wegen Betrugsverdachts gegen elf heutige und ehemalige VW-Beschäftigte ermittelt. Der VW-Vorstand hatte die Belegschaft vor knapp zwei Monaten mitgeteilt, wer in die Affäre verwickelt sei, jetzt aber auspacke, werde nicht gekündigt und bleibe auch von Schadenersatzforderungen verschont; müsse also im Falle einer "vollumfänglichen Kooperation keine persönlichen Nachteile" im Unternehmen befürchten. Bei der "lückenlosen Aufklärung aller Vorgänge", die zu der Abgasaffäre geführt hätten, "sind wir auf die Mitarbeit und das Wissen von Ihnen, unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, angewiesen". Die von VW intern zugesagte Amnestie für aussagewillige Beschäftigte gilt nicht für die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft. Das hatte der Konzernvorstand der Belegschaft vorsorglich mitgeteilt. Amnestie-Programme anderer Konzerne wie Siemens, bei denen es ebenfalls Affären aufzuklären gab, haben aber gezeigt: Mitwisser, die auspacken, werden in der Regel auch von den Ermittlungsbehörden geschont.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-65661/volkswagen-muss-mehr-als-110000-autos-in-den-usa-zurueckkaufen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619